

Jetzt geraten Klimaschutz-Programme ins Zwielficht – auch Habecks Strategie



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft

Stand: 12.05.2026 | Lesedauer: 3 Minuten



Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), ehemaliger Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Quelle: Sebastian Gollnow/dpa

Klimaforscher erklären ihr extremstes Szenario für unplausibel. Das Problem: Darauf berufen sich politische Vorhaben. Gesetze und Projekte der ehemaligen Ampel-Regierung geraten in den Fokus.

 Artikel anhören



-4:34

1.0x

Robert Habecks Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium nutzte die neue Studie für den großen Auftritt: „Die Ergebnisse zeigen, dass wir ambitionierten Klimaschutz sehr ernst nehmen müssen“, sagte Stefan Wenzel Anfang März 2023. Es bestehe die Gefahr, künftigen Generationen hohe Schadenskosten aufzubürden. „Jeder in den Klimaschutz investierte Euro verringert die volkswirtschaftlichen Kosten, die durch Extremwetterereignisse künftig entstehen können.“

Anlass seines Appells, der in der Forderung nach Beschleunigung der Energiewende gipfelte, war eine Studie, die Habecks Ministerium in Auftrag gegeben hatte. Bis zur Mitte des Jahrhunderts könnten die volkswirtschaftlichen Schäden des Klimawandels allein in Deutschland auf 900 Milliarden Euro anwachsen, verkündete das Wirtschaftsministerium, das mit der Drohkulisse seine „Klimaanpassungsstrategie“ rechtfertigen wollte.

Wenzels Auftritt erwies sich als Kommunikationserfolg. Nachrichtenagenturen verbreiteten die Warnung ohne Einordnung, die meisten Medien übernahmen die Meldung, häufig prangten die „900 Milliarden Euro“ in der Schlagzeile. Dabei war schon damals klar

(<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus244143237/Robert-Habeck-Klimaprognose-des-Ministers-geradezu-skandaloes-falsch.html>) : Das

zugrundeliegende Klimaszenario, das die hohe Schadenszahl ausspuckte, beruhte auf unrealistischen Annahmen. Das sogenannte RCP8.5-Szenario

([https://www.welt.de/wissenschaft/plus241959167/Klimawandel-Die-](https://www.welt.de/wissenschaft/plus241959167/Klimawandel-Die-unrealistischen-Horror-Szenarien.html)

unrealistischen-Horror-Szenarien.html) geht von einem massiv überhöhten CO₂-Ausstoß aus.

Jetzt, drei Jahre später, haben Klimaforscher RCP8.5 offiziell als „unplausibel“ verbannt (<https://www.welt.de/wissenschaft/plus69f9ba3f472693c1c1ff25af/klima-warum-klimaforscher-ihre-beliebte-horrorprognose-ploetzlich-abschaffen.html>) und durch weniger extreme Szenarien ersetzt. Habecks Studie sowie verwandte Pläne und Verlautbarungen geraten nun ins Zwielicht. Denn ausgerechnet die medial am meisten verbreiteten Extremszenarien, auf die sie sich berufen, sind unhaltbar. Postulierte Klimaschäden müssten nach unten korrigiert werden.

Die „900 Milliarden Euro“ potenzieller Klimaschäden nutzte die Ampel-Regierung auch dazu, ihr Klimaanpassungsgesetz zu begründen, das bald darauf verabschiedet wurde. „Die Folgen der Klimakrise beeinträchtigen den Wohlstand in Deutschland erheblich“, mahnte Christiane Rohleder, damals Staatssekretärin im federführenden Bundesumweltministerium, unter Verweis auf die Studie – sie verband die Studie ausdrücklich mit dem neuen Gesetz. Nicht-Anpassung werde teurer als Klimaschutz.

Klimaschutz und Anpassung seien nicht nur ökologisch, sondern auch volkswirtschaftlich geboten. Mit dieser These wollte Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) nicht nur das neue Gesetz und Habecks Anpassungsstrategie, sondern auch die Forderung nach mehr Vorsorgefinanzierung legitimieren.

Die Studie wanderte in den parlamentarischen Betrieb. Im Juni 2024 befasste sich der Bundestagsausschuss für Klimaschutz und Energie mit einem BMWK-Bericht zu den Kosten des Klimawandels. Dort wurde die Studie erneut herangezogen; der Bundestagsdienst hob hervor, dass die 900 Milliarden Euro Klimaschäden sogar übertroffen werden könnten, weil nicht alle Klimaschäden modellierbar seien.



NEWSLETTER


GUTE BESSERUNG!


Der Ratgeber-Newsletter für alle, die sich über Gesundheit, Erkrankungen und Medizin informieren möchten. Immer freitags.

ABONNIEREN

[ZUR NEWSLETTERVERWALTUNG](#)

Zahlreiche politische Programme berufen sich unter anderem auf RCP8.5-Extremszenarien. Das National Climate Assessment von Präsident Barack Obama etwa, das Climate Change Risk Assessment der britischen Regierung von 2017, Klimaszenarien der EU-Kommission wie das „PESETA III“ für die EU-Anpassungsstrategie, die Climate Adaptation Strategy Kaliforniens, Klimaberichte der Weltbank und viele andere. Meist war es das Extremszenario, das die Schlagzeilen zur Studie machte.

Auch das Bundesverfassungsgericht stützt sich in seiner Begründung des wegweisenden Klima-Urteils von 2021, das Deutschland auf gravierende Weise verändern wird (<https://www.welt.de/debatte/plus69805f7d56e922cc80595877/klimaschutz-es-drohen-massive-einschraenkungen-von-freiheit-und-wirtschaft.html>), auf Quellen mit RCP8.5-Szenarien. Das Urteil selbst argumentiert nicht ausdrücklich mit RCP8.5 als maßgeblichem Zukunftsszenario, doch wesentliche Teile vorgetragener Klimaschutz-Argumente wie angebliche Kipppunkte (<https://axelbojanowski.substack.com/p/kipppunkte-im-klima-die-ganze-geschichte>)  beruhen teils auf den Extremszenarien.

WELT-Chefreporter Axel Bojanowski berichtet seit 1997 als Wissenschaftsjournalist hauptsächlich über Klimaforschung und Klimapolitik. In seinem Buch „Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten“ (<https://www.amazon.de/wissen-wollten-bisher-fragen-wagten/dp/3864894611/>)  (Westend-Verlag) erzählt er in 53 Geschichten vom Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft.

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2026

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen
<https://epaper.welt.de>